

### **Auf der Suche nach der Zivilgesellschaft in Griechenland**

Griechenland durchläuft momentan eine der schwersten Krisen seiner jüngeren Geschichte. Die ökonomischen Fakten werden als sichtbarstes Erscheinungsbild dieser Krise seit 2010 ausführlich dargestellt und diskutiert – europaweit und mit großer Aufmerksamkeit einer neuen „europäischen Öffentlichkeit“. Doch die schwierige Entwicklung der hellenischen Republik reicht über die wirtschaftliche Situation des Landes hinaus: Die ökonomische Krise Griechenlands ist eng mit einer politischen Krise verknüpft – die in Teilen auch Grundlagen für die wirtschaftliche Misere schuf. Hinzu kommt eine soziale Krise, die zum einen die Folge der wirtschaftlichen Entwicklungen nach über fünf Jahren Rezession und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um über 25 Prozent ist. Zum andern verhindern fehlende strukturelle Reformen im Bereich des Steuerwesens eine sozial ausgewogene Verteilung der Sparmaßnahmen – immer noch gelingen denjenigen Steuervermeidung und –hinterziehung, die stärker zur Aufrechterhaltung und Finanzierung des griechischen Staatswesens beitragen müssten. Dieses Staatswesen befindet sich in einer Situation, die seine Neuerfindung einfordert: sowohl im Parteiensystem als auch in der politischen Kultur.

In dieser überaus schwierigen Gemengelage vernetzter Krisen wird immer wieder die Frage nach einer Kraft gestellt, die den Raum füllt, den der Staat durch seinen Rückzug hinterlassen hat. Dieser Raum ist nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politisch-konzeptioneller, nachdem sämtliche Politikbereiche in Griechenland inhaltlich durch das Reformprogramm absorbiert wurden. Auf der Suche nach dieser Kraft ist, gerade aus den europäischen Partnerstaaten, der Ruf nach der griechischen Zivilgesellschaft oft zu hören.

„Zivilgesellschaft“ – was bedeutet dieses *weasel word*, das immer wieder durch Debatten huscht, in denen ein gesellschaftliches Gegengewicht zur staatlichen Präsenz erwartet wird? „Die Idee der Zivilgesellschaft setzt sich [...] für eine Trennung zwischen einem engeren politisch-öffentlichen Sektor und einem weiteren

gesellschaftlich-privaten Sektor ein, wobei allerdings der staatsfreie Bereich durch vielfältige Formen der Selbstorganisation und Selbstverwaltung (durch Vereine, Organisationen etc.) gestaltet wird.<sup>1</sup>

Diese Definition bietet erste Anknüpfungspunkte zur Erklärung der traditionell schwachen Aufstellung der Zivilgesellschaft in Griechenland: Es ist genau die fehlende Trennung zwischen politisch-öffentlichem sowie gesellschaftlich-privatem Sektor, die bisher so wenig Raum zur Entstehung zivilgesellschaftlicher Initiativen in Griechenland ließ. Diese fehlende Trennung hat weit zurückreichende historische Grundlagen. Ein wesentlicher Faktor war die lange währende Fremdherrschaft unter Makedonen, Römern, Byzantinern und schließlich Osmanen. Knapp 2000 Jahre lang waren die Griechen um einen eigenen Staat gebracht. Insbesondere unter der über 400 Jahre währenden osmanischen Herrschaft entwickelte sich in Griechenland ein System der starken Verschränkung von öffentlichen Amtsträgern, die als Vertreter der osmanischen Regierung vor Ort wirkten, mit den Interessen ihrer Untergebenen. Durch ein ausgeklügeltes Kreditvergabesystem reichte diese Verquickung auch auf die finanzielle Ebene und führte schließlich zu einem Abhängigkeitsverhältnis zwischen Patron und Untergebenem – als *mughtar*-System im gesamten Osmanischen Reich etabliert. Hinzu kam die besondere Rolle der orthodoxen Kirche in dieser Zeit, die sowohl Identifikationspunkt für die Bewahrung des Griechentums war als auch als Steuereintreiber für die osmanischen Herrscher fungierte. Klerus und jeweils herrschende Staatsmacht arbeiteten eng zusammen.<sup>2</sup> Früh entwickelte sich auf dieser Grundlage eine tiefe Abneigung der Griechen gegen den Staat und seine Institutionen – bei aller Zuneigung zur eigenen Nation. Die Entwicklung des darauf basierenden Klientelsystems zieht sich durch die griechische Geschichte bis heute.

Im 19. Jahrhundert machten sich die Parteien dieses Klientelsystem in einem Maße zu eigen, wie man es in Europa sonst nicht kennt. Innerparteiliche Strukturen sowie Willensbildung waren allein von Nepotismus und Klientelismus bestimmt. Es ist die

---

<sup>1</sup> Vgl. Klaus Schubert und Martina Klein: Das Politiklexikon, 5. aktual. Aufl., Bonn: Dietz 2011.

<sup>2</sup> Vgl. Heinz A. Richter: Die politische Kultur Griechenlands. Zu den historischen Gründen eines fundamentalen Missverstehens, in: Die Politische Meinung, 508, März 2012.

parteiliche Durchdringung des öffentlichen und teilweise auch privaten Lebens in Griechenland, die keinen staats- bzw. parteifreien Bereich entstehen ließ. Medien, Universitäten, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände und Vereine waren und sind teilweise noch heute von parteilichen Strukturen und Polarisierungen geprägt. Eine sachorientierte Arbeit stand dahinter lange Zeit zurück. Insbesondere die beiden vormals großen Parteien, die sozialistische PASOK sowie die konservative Nea Dimokratia, hatten überall eigene Parallelstrukturen aufgebaut, die den öffentlichen Raum durchdrangen. Der Wettbewerb zwischen den Parteien war omnipräsent. Entlang dieser Linie wurden neben finanziellen *rousfetia* – Gefälligkeiten – insbesondere Posten im über die Jahrzehnte aufgeblähten öffentlichen Sektor verteilt.

Bestehende nichtstaatliche Organisationen (NROs) waren in diese Strukturen oftmals verwickelt und haben die Entstehung einer an der Sache orientierten gesellschaftlichen Mitwirkung in wichtigen Fragen blockiert. Skandale rund um unklare Finanzquellen sowie politische und personelle Verbindungen in staatliche und Parteienstrukturen hinein haben in der Folge zu einem bis heute andauernden, schlechten Image von NROs in Griechenland beigetragen – weil sie eben genau nicht das Kriterium der „Regierungsferne“ erfüllten und vielmehr zu korrupten Strukturen der Vorteilsnahme beitrugen.

Ein weiterer Faktor, der bisher zu einer weniger starken zivilgesellschaftlichen Präsenz in Griechenland führt, ist die herausragende Bedeutung des Familienverbundes. Die Familie ist zentraler Bezugspunkt für viele Griechen und spielt insbesondere in der jetzigen Krise eine überaus wichtige ökonomische, aber auch soziale und psychologische Rolle in der noch anhaltenden Stabilisierung der griechischen Gesellschaft. Die Familie ist zentraler Bezugs- und Vertrauenspunkt für einen großen Teil der Bevölkerung. Dementsprechend absorbiert sie zeitliche Ressourcen, die für ein gesellschaftliches Engagement über die Familie hinaus dann nicht mehr zur Verfügung stehen.

Aufgrund der genannten Faktoren war das Umfeld für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste in Griechenland bisher nie besonders günstig. Hohes Misstrauen gegenüber dem Staat, allen mit ihm verbundenen Institutionen

sowie gegenüber den eigenen Mitbürgern dominierte über viele Jahrzehnte die Atmosphäre zwischen öffentlichem Raum und Gesellschaft. Erst langsam nähert sich Griechenland, aus dieser Tradition kommend und die aktuelle Krise durchschreitend, dem Gedanken an, dass gesellschaftliche Kräfte jenseits von (Partei-)Politik gestärkt werden müssen: Sie sind nicht nur für eine gesellschaftliche Teilhabe an der Willensbildung sowie die kritische Begleitung der öffentlichen Handlungen in einem demokratischen Staatswesen unabdingbar, sondern werden dringend für die Entwicklung einer politischen und sozialen Vision für ein Griechenland nach der Krise benötigt. Diese Vision steht bisher noch aus und wird zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte benötigt, die dieses neue Griechenland tragen müssen und derzeit eher noch in einem Zustand latenter kollektiver Depression verharren.

Mit Beginn der Krise ist jedoch eine Veränderung mit zwei Entwicklungsrichtungen zu beobachten: Zum einen hat sich über die ebenfalls europaweit sehr aufmerksam wahrgenommenen Proteste in Griechenland eine gesellschaftliche Kraft entwickelt, die in eher destruktiven und teilweise gewaltvollen Aktionen ihrem Unmut über die Reformauflagen der europäischen Kreditgeber Ausdruck verschafft hat. Dieser wenig konstruktive Ansatz einer breiten zivilen Protest- und Streikbewegung, sehr stark von den besitzstandswahrenden Gewerkschaften in Griechenland getragen, zeigt eine Entwicklung von Zivilgesellschaft nur im allgemeinsten Sinne einer Bürgerpräsens im öffentlichen Raum.

Aussagekräftiger im eigentlichen Sinne von Zivilgesellschaft als Akteur einer *Gestaltung* des staatsfreien Bereichs – so er denn langsam entsteht – sind die zahlreichen neuen Hilfs- und Unterstützungsbewegungen in Griechenland. In den letzten vier Jahren sind viele soziale Bewegungen entstanden, die vor allem nachbarschaftlich und lokal agieren. Insbesondere in den größeren Städten sind diese Netzwerke sozialer Nothilfe und Solidarität sprunghaft gewachsen und werden intensiv in Anspruch genommen. Dazu zählen Initiativen zur kostenlosen Verteilung von Lebensmitteln an Bedürftige wie Vereine zur medizinischen Versorgung derjenigen, die durch das soziale Netz der ohnehin völlig überforderten Gesundheitsversorgung fallen. Der anhaltende finanzielle Rückzug des Staates führt jedoch auch zu Initiativen im gemeinschaftlichen kulturellen sowie Umwelt- und

Verbraucherschutzbereich. Diese Initiativen sind für Griechenland neu und erregen Aufmerksamkeit. Und sie sind Teil einer neuen Bewusstseinschärfung dahingehend, dass alte klientelistische Strukturen nicht mehr tragen – nicht zuletzt weil das System finanziell ausgetrocknet ist. Eine neue Form bürgerschaftlicher Beteiligung tut Not. Diese ist umso wichtiger, da der seit 2010 eingeleitete Reformprozess im Land immer noch als ein Diktat von außen wahrgenommen wird. Zu dieser Wahrnehmung haben alle politischen Akteure in Griechenland bis zum Amtsantritt der Dreiparteienkoalition unter Ministerpräsident Samaras im Jahr 2012 beigetragen. Die griechischen Parteien haben in der Reformdebatte von Beginn an vor allem politisches Kapital für ihre Zwecke gesucht und gingen der Verantwortungsübernahme für die Reformagenda aus dem Weg. Diese Situation hat auch die Debattenführung in der Öffentlichkeit sehr negativ geprägt: Griechische Medien haben sich die Ablehnung der Reformen ebenfalls zu Eigen gemacht und so ging früh die nötige Glaubwürdigkeit verloren, mit der man die Bevölkerung in Richtung der schwierigen Anpassungen hätte mitnehmen können. Dieser Flurschaden muss nun von der Dreiparteienkoalition mühsam behoben werden – denn ohne den Rückhalt und das Vertrauen der Bevölkerung kann eine Agenda wie die vor Griechenland liegende nicht bewältigt werden. Eine solche Aufgabe ist ein nationales Unterfangen, das vor allem von einer breiten politischen Union getragen werden muss, die in der Lage ist, die beteiligten staatlichen Stellen und insbesondere die Bevölkerung in diesem Prozess mitzunehmen. Diese Gelegenheit wurde in Griechenland leider verpasst. Die von Politik und Medien befeuerte, schwierige Lage hat nicht nur sehr viel Zeit und Geld, sondern auch politische Glaubwürdigkeit innerhalb Griechenlands sowie in der internationalen Gemeinschaft gekostet. Die Politik hat zu verdeutlichen versäumt, dass die Forderungen nach einer gestärkten Wettbewerbsfähigkeit nicht allein aus dem EU-Kontext resultieren – geschweige denn allein deutsche Forderungen sind – , sondern Anforderungen sind, die an jeden heute im internationalen Wettbewerb positionierten Staat herangetragen werden.

Griechenland muss sich in wichtigen Bereichen neu erfinden – in der Wirtschaft und zentralen öffentlichen Strukturbereichen ebenso wie in der politischen Kultur. Dazu benötigt das Land eine mittel- bis langfristige Vision, die ohne einen konstruktiven öffentlichen Diskurs sowie den Beitrag einer noch wachsenden Zivilgesellschaft dazu

nicht entstehen kann. Die griechische Gesellschaft muss ihre Stimme zur weiteren Entwicklung des Landes in ökonomischer, aber vor allem auch politischer Hinsicht hörbar machen. Denn es wird die griechische Bevölkerung sein, die den notwendigen, umfassenden Wandel in dieser Hinsicht tragen müssen.

**Susanna Vogt** leitet seit Mai 2012 das wiedereröffnete Auslandsbüro Griechenland der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit Sitz in Athen. Zuvor war sie als Koordinatorin Internationale Wirtschaftspolitik für die internationale Zusammenarbeit der KAS tätig.

**Kontakt:** [info.athen@kas.de](mailto:info.athen@kas.de)